

21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am  
19.06.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

---

**Gegenstand:   Untergrundverunreinigung im Industriegebiet Speyer-West;  
Sachstandsbericht durch Vertreter der Firma Siemens AG -  
Information**

Der Vorsitzende führt kurz in das Thema ein. Bis zum Jahr 2012 verfolgte die Fa. Siemens das Verfahren des mikrobiologischen Abbaus der chlorierten Kohlenwasserstoffe. Dies reichte der Stadt nicht aus und 2012 konnte mit der Fa. Siemens der Konsens gefunden werden, nach alternativen Methoden für die Beschleunigung des Abbaus der Lösungsmittel in der Grundwasserfahne zu suchen.

Herr Neu, Fa. Siemens berichtet über das Zustandekommen des Gesamtkonzeptes der Sanierungsuntersuchung.

Herr Dr. Menschner, CDM Smith, erläutert die neue Vorgehensweise sowie die durchgeführten Untersuchungen, die im zurückliegenden Jahr im Gebiet der Schadstoffverbreitung zwischen Brunckstraße und Steinhäuserwühlsee stattgefunden haben. Ein angewandtes Verfahren ist dabei die wenig invasive in-situ-Technologie, bei der in den Grundwasserleiter passiv Sauerstoff eingebracht wird, um den sauerstoffgetragenen mikrobiellen Schadstoffabbau zu fördern. Parallel dazu wurde das Grundwassermonitoring in immer größerem Umfang durchgeführt, dessen aktuelle Analysen derzeit eintreffen. Die Sanierungstests wurden Mitte Juni abgeschlossen. Die Parameter der Abbauprodukte des bisher stattgefundenen Schadstoffabbaus im Grundwasser macht die Auswahl der besten Methode der Schadstoffsanierung möglich. Auswertung und Dokumentation sollten bis Mitte September abgeschlossen sein und der Zwischenbericht vorliegen. Dieser wird unter den Beteiligten diskutiert. Vermutlich werden die Fortführung der Sanierungsuntersuchung und die Festlegung der Sanierungsplanung beschlossen.

Der Vorsitzende weist auf die Information der Stadt für die Badegäste des Steinhäuserwühl- und Wammsees vom 19.6.2013 hin, die über die Belastung des oberflächennahen Wassers mit Vinylchlorid (VC), einem Abbauprodukt von chlorierten Kohlenwasserstoffen, aufklärt. Diese Information wurde direkt am Badesees ausgehängt und auf der Internetseite der Stadt veröffentlicht ([http://www.speyer.de/sv\\_speyer/de/Umwelt/Aktuelles/](http://www.speyer.de/sv_speyer/de/Umwelt/Aktuelles/)). In Abstimmung mit dem Gesundheitsamt Rhein-Pfalz-Kreis und dem Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht muss aufgrund des Messergebnisses für VC kein Badeverbot ausgesprochen werden. Für diesen Stoff gibt es im Unterschied zum Trinkwasser hinsichtlich eines Badegewässers keinen Grenzwert. Als im Jahr 2012 die Allgemeinverfügung zum Verbot der Trinkwassernutzung des Grundwassers aus Brunnen im Schadstoffverbreitungsbereich ausgesprochen wurde, konnte VC im Wasser der beiden Seen nicht festgestellt werden.

Frau Spoden befürchtet aufgrund der Warnung der Stadt Einnahmeausfälle für die am Steinhäuserwühlsee ansässigen Freizeitbetriebe und hält eine Entschädigung durch die Fa. Siemens für angebracht.

Herr Neu weist darauf hin, dass gerade zum Schutz des Wassers des Badesees im letzten Jahr spezielle Maßnahmen mit der Stadt vereinbart und begonnen wurden. Der Anstieg des Schadstoffwertes im Wasser sei mit durch die schlechte Witterung im Mai verursacht. Die Messung am 12.06.2013 habe gezeigt, dass die VC-Werte bereits abgenommen haben. Das Ziel sei definitiv, dass der See für die Bevölkerung zugänglich und nutzbar bleibt. Ein Entschädigungsfonds wird nicht eingerichtet werden.

Herr Dr. Menschner ergänzt, dass das Ziel einer Sanierungsuntersuchung die Ermittlung einer rechtlich zulässigen, technisch geeigneten und finanziell angemessenen Lösung sei. Die Methoden sollen möglichst nicht störend sein und werden die Nutzung des Sees möglichst nicht beeinträchtigen.

Herr Maffenbeier fragt nach der voraussichtlichen Dauer der Sanierungsmaßnahme und der Behandlung von Grundwasser.

Herr Dr. Menschner erklärt, dass es eine Faustregel gebe, wonach die Beseitigung eines Schadens genauso lange dauere wie der Eintrag der Schadstoffe in das Erdreich erfolgt sei. Die Sanierung der Grundwasserverunreinigung werde mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Die Grundwasserförderung und -behandlung (sog. pump-and treat-Verfahren) werde betrachtet, allerdings sei auch die in-situ-Methode denkbar. Diese sei grundsätzlich weniger aufwendig und weniger belastend. Die Auswertung der Felduntersuchungen wird zeigen, welche Methode geeignet ist.

Herr Czerny vermutet, dass die schonendere Methode mehr Zeit zur Beseitigung des Schadens in Anspruch nimmt. Er erkundigt sich nach einer Alternative zu der in-situ-Methode.

Herr Dr. Menschner betont, dass die Anwendung der sanfteren in-situ-Methode nicht zur Folge haben muss, dass die Sanierung länger dauert als bei Einsatz der klassischen Förder- und Behandlungsmaßnahmen (pump and treat).

Herr Neu erklärt, dass am Anfang der Verunreinigung in der Brunckstraße, im Bereich der Fahnen und im Bereich des Sees jeweils unterschiedliche Belastungswerte vorhanden sind. Für die einzelnen Gebiete wird anhand der Untersuchungsergebnisse jeweils das geeignetste und effektivste Sanierungsverfahren ausgewählt.

Herr Dr. Lorenz (Stadtrat) möchte wissen, ob es sich bei den zum Einsatz kommenden Verfahren um anerkannte Methoden handelt.

Herr Dr. Menschner betont, dass die angewandten Methoden für die Sanierung einer Untergrundverunreinigung zulässig sind, weil es sich um geprüfte und getestete Methoden handele, die dem Stand der Technik entsprechen.

Frau Hoffmann möchte wissen, wie viele sachverständige Personen an dieser Maßnahme arbeiten.

Herr Reichardt informiert, dass etwa 10 bis 15 Personen bei Fa. Siemens und CDM Smith permanent mit dem Projekt befasst sind.

Frau Spoden erkundigt sich, ob die Möglichkeit der Umleitung der Fahnen zum Schutz der Badeseen bestehe, z.B. durch Tiefenspundwände.

Herr Dr. Menschner erklärt, dass dies technisch grundsätzlich möglich, allerdings mit einem enormen Aufwand verbunden sei, insbesondere aufgrund der Anforderungen des Hochwasserschutzes.

Herr Dr. Menschner führt aus, dass es generell auch die Möglichkeit der Einkapselung des Schadens bis zur nächsten grundwasserstauenden Schicht durch Spundwände gebe, dies wäre die vertikale Begrenzung. Dafür sei die wasserundurchlässige Abdichtung der Oberfläche erforderlich für das betroffene Areal von ca. 500 m auf 2000 m. Dies sei in diesem Fall nicht zu realisieren. Zudem würde durch solch ein Vorgehen der Schaden nie saniert werden. Dies sei keine Option.

Herr Neu betont, das Ziel sei der Einsatz von sanften und gleichzeitig effizienten Maßnahmen, um den Schaden zu beseitigen.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass seit 2012 die Bemühungen deutlich verstärkt wurden, den Sanierungsprozess zu beschleunigen.

Herr Maffenbeier erkundigt sich, wann mit dem eigentlichen Sanierungsprozess begonnen wird.

Herr Dr. Menschner erklärt, dass auf der Grundlage des Berichts zu den durchgeführten Sanierungsuntersuchungen im Herbst entschieden werden muss, welche Verfahren für die einzelnen Teilbereiche zum Einsatz kommen sollen. Die Sanierungsplanung wird im ersten Halbjahr 2014 aufgestellt sein. Für die Sanierungsverfahren müssen verschiedene Genehmigungen eingeholt und die Leistungen ausgeschrieben werden. Noch im Jahr 2014 werden voraussichtlich die eigentlichen Sanierungsmaßnahmen beginnen.

Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am  
19.06.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand:   Verkehrsführung an der Kreuzung Schwerdstraße / Hilgardstraße /  
Bartholomäus-Weltz-Platz - Information**

Herr Scheid informiert, dass durch die geänderte Vorfahrtsregelung nun für den gesamten Innenstadtring kontinuierlich die Vorfahrtsituation gelte. Zu dem Verkehrsversuch sind bislang ausschließlich positive Rückmeldungen erfolgt. Lediglich die Mittelmarkierung stehe im Kreuzungsbereich noch aus.

21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am  
19.06.2013

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand: Erdölaufsuchungs- und -gewinnungsbetrieb durch GDF SUEZ E&P  
Deutschland GmbH; Stellungnahme der Stadt Speyer zum  
Hauptbetriebsplan 01.04.2013 - 31.03.2015  
Vorlage: 1080/2013**

Der Vorsitzende fügt an, dass im Rahmen der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 26.6.2013 unter TOP 1.2 auch für die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Verkehr sowie den Naturschutzbeirat die Möglichkeit einer Besichtigung der Bohrstelle der GdF Suez bestehe.

**Gegenstand: Verschiedenes**

- Grundwassersicherung und –überwachung auf der Insel Flotzgrün:  
Herr Scheid präsentiert kurz die neuesten Ergebnisse der Untersuchungen von BASF SE und dem Ingenieurbüro BCE. An der Bohrstelle P 049, die nördlich der Insel Flotzgrün liegt und die bisher die problematischsten Werte bezüglich der Unkrautvernichtungsmittel Bentazon und Mecoprop aufwies, gingen diese Werte im Jahr 2012 zurück. Derzeit besteht keine Gefährdung für die Trinkwasserbrunnen der SWS GmbH.  
Im Herbst 2013 werden drei neue Grundwassermessstellen nördlich des Rheinhauptdeiches eingerichtet. Ergebnisse liegen vermutlich im 2. Halbjahr 2014 vor. Das Gutachten des Büros BCE wird nach Freigabe durch die SGD Süd von der BASF veröffentlicht. Der gezeigte Auszug aus dem Untersuchungsbericht liegt der Niederschrift bei.
- Sperrung der Schützenstraße aus Richtung Dudenhofer Straße:  
Herr Specht bittet um Antwort, weshalb die Schützenstraße aus Richtung Westen bereits jetzt gesperrt ist, obwohl in diesem Bereich aktuell keine Straßenbauarbeiten stattfinden. Herr Doerr (Anwohner Paulstraße) erklärt, dass die Sperrung dazu dienen soll, das Verkehrsaufkommen in der Kämmererstraße und den dortigen Nebenstraßen zu reduzieren.  
Herr Scheid sagt die Beantwortung zu.
- Beschwerden über Stadtverkehr:  
Herr Hoffmann erinnert an seine Anfrage in der Sitzung vom 12.12.2012 bezüglich des Fahrverhaltens der Busfahrer in Raiffeisen- und Dr.-Eduard-Orth-Straße. Zwischenzeitlich sei keine Besserung der Situation eingetreten.  
Herr Scheid führt aus, dass die Verwaltung die Beschwerden an den Betreiber weitergegeben habe. Auch bei der Verwaltung seien dahingehend Beschwerden eingegangen, auch von Seiten des Seniorenbeirats. Die Vergabe des neuen Stadtverkehrs erfolgt nach der Sommerpause. Der Betreiber, der den Auftrag erhält, wird von der Stadt insbesondere zu rücksichtsvollem Verhalten aufgefordert und auf die bestehenden Beschwerden angesprochen. Die Stadt wird auf die Konsequenzen bei Nichtbeachtung hinweisen, insbesondere auf die Möglichkeit Vertragsstrafen zu erheben.  
Frau Hoffmann bemängelt, dass die Busse in Höhe von Überquerungshilfen das Tempo nicht reduzieren, z.B. in der Oberen Langgasse. Dieser Aspekt solle ebenfalls an den neuen Betreiber herangetragen werden.  
Herr Scheid sagt dies zu.
- Baumpflanzungen St.-Guido-Stifts-Platz:  
Herr Czerny erkundigt sich, ob die Betonwannen erhalten bleiben, die für die Baumpflanzung auf dem St.-Guido-Stifts-Platz verwendet wurden.  
Die Abteilung Stadtgrün gibt folgende Auskunft:  
Die Bäume sitzen nicht in Betontrögen, sondern in einem speziellen, durchwurzelbaren Lavasubstrat entsprechend der Vorgaben der FLL (Forschungsgesellschaft für Landschaftsbau und Landesentwicklung). Die Substratmenge beträgt 16m<sup>3</sup> pro Baum. Darüber hinaus verzahnen sich die Bäume in dem vollständig durchwurzelbaren Substrat sehr gut, so dass die Standfestigkeit der Bäume absolut gewährleistet ist. Die Baumbefestigung erfolgt über eine unterirdische Ballenverzerrung, so dass oberirdische Pfahlkonstruktionen nicht erforderlich sind. Im Bereich des Pflanzballens befindet sich ein selbsttragender Rost, der ausgepflastert ist. Auf diese Weise fügt sich die Baumscheibe harmonisch in den gepflasterten

Platzbelag ein und dennoch sind die Lebensbedingungen für den Baum gesichert. In dem gleichen Substrat sitzen auch die noch vorhandenen Platanen. Die Betonumrandungen sind nur an den Ecken aufgesetzt, um das Wurzelwerk so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Die Umrandungen wurden erforderlich, da die Bäume bereits ursprünglich in Tröge gesetzt wurden, aus denen sie unten herausgewachsen sind. Bei dieser Baumaßnahme wurde insgesamt sehr auf zu erhaltenden und neu gepflanzten Baumbestand geachtet.

- ZIMEN-Meßstation:  
Herr Scheid informiert über den Vorschlag der Verwaltung an das LUWG, das die Messstation betreibt, diese an einem neuen Standort am Stadtrand am Kleeblatt A 61 – B 9 zu errichten.  
Frau Kruska ergänzt, dass in der neuen Messstation sich künftig die Messparameter verändern, z.B. soll neben PM 10 auch PM 2,5 gemessen werden. Die bisher an der Speyerer Station gemessenen Werte sind im Internet zu finden ([www.luft-rlp.de](http://www.luft-rlp.de))  
Frau Spoden bietet als neuen Standort für die Messstation ihren Garten an.

21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr der Stadt Speyer am  
19.06.2013



21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr 19.06.2013 **Frank Scheid**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!